

Ressort: Politik

Bundesrechnungshof will mehr Kontrollen bei Schulsanierung

Bonn, 19.06.2018, 05:00 Uhr

GDN - Der Bundesrechnungshof beklagt mangelnde Erfolgskontrollen des Finanzministeriums bei der Verwendung der Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, mit dem der Bund die Sanierung von Schulen und Infrastruktur in finanzschwachen Städten und Gemeinden unterstützt. "Nach Auffassung des Bundesrechnungshofes ist das Berichtswesen nicht ausreichend, da es lediglich auf die Programmdurchführung und nicht auf gegebenenfalls erzielte Verbesserungen fokussiert ist", heißt es in einem Prüfbericht, über den die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Dienstagausgaben berichten.

Das Berichtswesen liefere keine Antworten dazu, ob und inwieweit sich die Investitionstätigkeit von finanzschwachen Kommunen verbessert habe, monieren die Rechnungsprüfer. "Auf dieser Grundlage ist es dem Bundesministerium der Finanzen nicht möglich, eine begleitende oder abschließende Erfolgskontrolle durchzuführen", heißt es in dem Prüfbericht. Außerdem stört sich der Rechnungshof an fehlenden Garantien, dass die Mittel des Bundes zusätzlich an betroffenen Kommunen fließen und nicht im Gegenzug Landesmittel gestrichen werden. "Die Zusätzlichkeit der Bundesmittel ist aus Sicht des Bundesrechnungshofes eine – bislang nur ungeschriebene – verfassungsrechtliche Grundvoraussetzung für Finanzhilfen des Bundes an die Länder", klagen die Rechnungsprüfer und fordern eine Änderung des Grundgesetzes. "Die Bundesregierung beabsichtigt, die Finanzhilfekompetenz des Bundes durch Änderungen des Grundgesetzes – erneut – deutlich zu erweitern. Vor dem Hintergrund damit beabsichtigter weiterer Finanzhilfen des Bundes hält es der Bundesrechnungshof für erforderlich, das Kriterium der Zusätzlichkeit aufgrund seiner besonderen Bedeutung für künftige Finanzhilfen in Artikel 104b Absatz 2 Grundgesetz ausdrücklich verfassungsrechtlich zu verankern", so der Bericht. "Es muss sichergestellt sein, dass Finanzhilfen des Bundes die eigenen Investitionen der Länder ergänzen, nicht ersetzen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-107805/bundesrechnungshof-will-mehr-kontrollen-bei-schulsanierung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619